

Frankreich (Seiten 231 – 248)

05) Paris wird von 80% der Pariser als schmutzig angesehen

10. 10. 2021

10 OCTOBRE 2021 à 15h

Venez nombreux défendre vos droits

UP!
UNION PARISIENNE

Rendez-vous
9 place de
l'Hôtel de Ville
à 15h

NON
à

- l'anarchie organisée sur les voies et les trottoirs
- la négligence de l'espace public
- la tolérance des zones de squat et de deal *
- la zadisation des quartiers
- la déchéance du patrimoine
- la disparition de grands arbres et beaux jardins
- la bétonisation et la surdensification
- la multiplication des nuisances visuelles, sonores et sanitaires
- la fuite des commerces et des familles
- l'ostracisme visant les classes moyennes
- l'implacabilité dogmatique et méprisante de la mairie à l'encontre de la diversité d'aspirations de ses administrés.

OUI
à

- l'équité dans le respect du code de la route
- l'entretien irréprochable des voies publiques
- l'application de la loi dans l'espace public
- la restauration, l'entretien et l'embellissement soigneux du patrimoine de notre capitale
- l'élégance de plantations dans les règles de l'art pour nos squares et jardins
- la traque et la sanction des vandalismes
- la dissuasion et la sanction des incivilités
- la quête d'une esthétique digne de Paris
- la fin des dépotoirs « participatifs » en pieds d'arbres ou ailleurs
- la fin de la division des genres et générations
- + un peu d'empathie de la part de notre maire !

Traffic de stupéfiants, CRACKS ET AUTRES PRODUITS NON À LEUR CONSOMMATION ASSISTÉE ET AUX SALLES DE JEU

Bildquelle: Breizh-Info

Anlässlich der Demonstration, die am Sonntag, dem 10. Oktober, auf Aufruf der Union Parisienne (UP!) gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Paris organisiert wurde, veröffentlichte das Meinungsforschungsinstitut Ifop exklusiv im *Journal du Dimanche* eine Umfrage, aus der hervorgeht, dass deutlich mehr Pariser als vor dreißig Jahren ihre Stadt „schmutzig“ finden. („Ifop-Studie für UP! Union Parisienne, die vom 20. bis 24. August 2021 mittels eines selbstverwalteten Online-Fragebogens unter einer Stichprobe von 1 008 Personen durchgeführt wurde, die für die Bevölkerung der Stadt Paris ab 18 Jahren repräsentativ ist“).

Anhand von Indikatoren, die einen Vergleich der Ansichten der Pariser über den Zustand ihrer Stadt mit denen ermöglichen, die das Ifop während der Regierungszeit der Rechten (1971–2001) gemessen hat, zeigt diese Umfrage bei einer repräsentativen Stichprobe von 1 008 Parisern, dass Fragen der Sauberkeit und der Unhöflichkeit eine wachsende Quelle der Unzufriedenheit für eine Bevölkerung sind, die größtenteils die „Bewegung“ #SaccageParis unterstützt, die in den sozialen Netzwerken die mangelnde Instandhaltung der Straßen und die Hässlichkeit der Stadt anprangert.

Paris, eine Stadt, die von mehr als acht von zehn Parisern als schmutzig angesehen wird

84 % der Pariser halten ihre Stadt für „schmutzig“, 39 % sogar für „sehr schmutzig“.

Und es sind die „Arbeiterviertel“ oder die am dichtesten besiedelten Arrondissements, in denen der Anteil der Pariser, die sich über diese Verschmutzung beschwerten, am höchsten ist: 90 % im Nordosten der Stadt (18./19./9./10. Arrondissement), gegenüber 74 % der Bewohner der „schönen Viertel“ der Hauptstadt (16./17./8. Arrondissement).

Ein Verschmutzungsgrad, der eine Rückkehr zur Situation in den 1970er Jahren bedeutet

Vergleicht man die Ansichten der Einwohner des Ballungsraums über den Zustand der Hauptstadt mit denen, die das Ifop ermittelte, als die Rechten unter Giscard (1974) und dann unter Chirac (1991) an der Spitze des Pariser Stadtrats standen, so zeigt sich eine Rückkehr zur Situation der 1970er Jahre. Während in der letzten Amtszeit von Jacques Chirac nur jeder zweite Einwohner die Stadt als „schmutzig“ bezeichnete (53 % im Jahr 1991 gegenüber 82 % im Jahr 1974), liegt dieser Anteil heute bei 78 %, was einem Anstieg von 25 Prozentpunkten in dreißig Jahren entspricht.

In politischer Hinsicht ist es interessant festzustellen, dass dieses Gefühl der Verschmutzung keineswegs ein Vorrecht der Wähler der Rechten ist: Der Anteil der Pariser, die ihre Stadt als schmutzig empfinden, ist bei den Anhängern der LR (84 %) oder LREM (87 %) kaum höher als bei den Anhängern der Sozialisten (80 %) oder der Ökologen (84 %).

Straßen, Ratten, Unannehmlichkeiten... eine Mehrheit von Unzufriedenen in allen Bereichen, die mit der Sauberkeit zu tun haben

Diese Einschätzung der Pariser über den Zustand der Sauberkeit ihrer Stadt geht einher mit einer ebenso großen Unzufriedenheit mit verschiedenen Aspekten ihres Lebensumfelds, wie z. B. der Bekämpfung von Ratten (65 %) oder von Unannehmlichkeiten (80 %). Und fast drei Viertel (73 %) von ihnen geben an, dass sie mit der Instandhaltung ihrer Stadt unzufrieden sind, ein Anstieg um 16 Punkte im Vergleich zur letzten Umfrage im Jahr 2015 (ifop/JDD).

Zwei Drittel der Pariser unterstützen unter dem Hashtag #saccageparis die Anprangerung von Schmutz und der allgemeinen Entwürdigung von Paris

Der Hashtag #saccageparis wird von den Parisern sehr stark unterstützt und ist ein Schlag ins Gesicht von Anne Hidalgo, der Bürgermeisterin der Stadt, die auch den Anspruch erhebt, Frankreich zu führen. Zwei Drittel (67 %) der Pariser geben an, diese Bewegung zu unterstützen, die in den sozialen Netzwerken die Verschmutzung und mangelnde Pflege der Straßen, die Verschlechterung des Stadtmobiliars und die Hässlichkeit der Stadt Paris anprangert.



:beitrag; [BREIZH-INFO](#):partner

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) „Rassist“ Zemmour überholt Le Pen: wird er Macron in der zweiten Runde herausfordern?

06. 10. 2021

**Intentions de vote pour le 1^{er} tour de l'élection présidentielle 2022
Hypothèse Xavier Bertrand candidat de la droite**

Intentions de vote pour le 1^{er} tour de l'élection présidentielle 2022

Aux inscrits sur les listes électorales, en % de votes exprimés



Rappel : Les intentions de vote mesurent un rapport de force à un moment donné. É prédictives des résultats du scrutin. La marge d'erreur des résultats d'ensemble s'état

Bildquelle: VoxNews

Marine Le Pen wird möglicherweise nicht die Herausforderin von Emmanuel Macron bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2022 sein, da sie in den Umfragen zum ersten Mal von einem anderen Kandidaten, Éric Zemmour, überholt wurde, der ihr Gegenkandidat auf der rechten Seite ist und für den in den letzten Tagen auch Jean-Marie Le Pen seine Unterstützung angekündigt hat

Laut einer Umfrage von Harris Interactive für das Magazin Challenges käme Zemmour auf 17 bis 18 % gegen Marine Le Pen, die bei den Präsidentschaftswahlen noch nie über den zweiten Platz hinausgekommen war, und die derzeit auf 15 bis 16 % käme. Es läge demnach an Zemmour, das Duell mit Macron, der derzeit bei 24–27% liegt, zu gewinnen. Für Marine Le Pen sind diese Zahlen eine herbe Niederlage: Das gleiche Statistikinstitut gab ihr im Juni noch 28–29%. Zemmour war damals allerdings noch nicht im Rennen: Der in Algerien geborene jüdische Journalist gab erst im September seine Präsidentschaftskandidatur bekannt und stieg sofort in den Umfragen.

Zemmour ist der Einzige, der von ethnischem Austausch spricht. Und er ist der einzige, der von der Bedrohung des weißen Frankreichs durch die afro-islamische Horden spricht.

Quelle: VoxNews

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Frankreich: Abschiebung von illegalen Einwanderern findet kaum statt

Von Paul Tormenen

04. 10. 2021



Bildquelle: Breizh-info

Im Oktober 2017, kurz nach der Ermordung von zwei jungen Frauen durch einen irregulären Ausländer am Bahnhof Saint-Charles in Marseille, setzte sich der Präsident der Republik das Ziel, „diejenigen, die keine Aufenthaltsgenehmigung haben, kompromisslos abzuschicken“.

Vier Jahre später ist die Bilanz in diesem Bereich nicht nur beklagenswert, sondern sie wird immer schlechter. Die französischen Behörden weisen nur einen kleinen Teil der illegalen Einwanderer aus, die zum Verlassen des Landes aufgefordert werden. In Europa gehört Frankreich zu den Ländern, die in dieser Hinsicht am wenigsten effektiv sind. Die jüngste Ankündigung der Regierung, die Zahl der Visa für Maghreb-Länder, die sich weigern, ihre illegalen Staatsangehörigen zurückzunehmen, zu reduzieren, erscheint in diesem Zusammenhang sehr spät und zaghaft.

Illegale Einwanderung auf dem Vormarsch

Seit Anfang 2021 hat die illegale Einwanderung in Europa stark zugenommen. Zwischen Januar und Juli 2021 wurden von Frontex 85.700 illegale Grenzübertritte in der Europäischen Union festgestellt, was einem Anstieg von 66 % gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2020 entspricht. Gleichzeitig steigt die Zahl der Asylanträge wieder an und parallel dazu die Zahl der abgelehnten Asylbewerber, die sich in einer irregulären Situation befinden. Sind die europäischen Länder, insbesondere Frankreich, in der Lage, dies zu bewältigen? Nach der Lektüre eines kürzlich erschienenen Berichts des Europäischen Rechnungshofs über die Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Rückübernahme kann man dies zu Recht bezweifeln. Wenn es Druckmittel gibt, um die Herkunftsländer illegaler Einwanderer zur Rücknahme ihrer Staatsangehörigen zu zwingen, nutzen die französischen Behörden sie nur zögerlich.

Frankreich, eine offene Bar für illegale Einwanderer

In der Europäischen Union wurde im Jahr 2020 396.000 Drittstaatsangehörigen (außerhalb der EU), die sich in einer irregulären Situation befinden, eine Ausweisungsentscheidung mitgeteilt. Nur 18 % davon wurden tatsächlich durchgesetzt.

In Frankreich ist die Vollstreckungsquote von Rückführungsentscheidungen mit 6,4 % besonders niedrig. Im Jahr 2020 wurden von den 108.000 angekündigten Entscheidungen nur 6.930 vollstreckt. Gerade der Grundsatz des legalen Aufenthalts im Hoheitsgebiet wird in unserem Land mit Füßen getreten, das sich in diesem wie in anderen Bereichen als besonders aufnahmebereit für illegale Einwanderer zeigt.

Die Maghreb-Staaten weigern sich, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen

Während illegale Einwanderer aus Algerien und Marokko am häufigsten aufgefordert werden, die Europäische Union zu verlassen, sträuben sich die Maghreb-Staaten besonders gegen die Rücknahme ihrer Staatsangehörigen.

In der Europäischen Union liegt die tatsächliche Rückkehrquote der ausreisepflichtigen Algerier bei 4,8 %. Dieses schlechte Ergebnis ist in Frankreich noch schlimmer. Obwohl Frankreich ein hohes Maß an illegaler Einwanderung aus Algerien zu verzeichnen hat, liegt die Quote dort bei nur 0,2 %. Die Wirksamkeit der Verpflichtungen zum Verlassen des französischen Hoheitsgebiets (Obligations de Quitter le Territoire Français, OQTF) ist bei Marokkanern (2,4 %) und Tunesiern (4 %) kaum höher. Die Hauptursache für diesen Misserfolg ist die sehr geringe Zahl der von den algerischen, tunesischen und marokkanischen Behörden ausgestellten Konsularpässe.

In der Europäischen Union ist die Rate der Vollstreckung von Ausweisungsbescheiden bei illegalen Ausländern auch bei Staatsangehörigen von Côte d'Ivoire (2,0 %), Mali (2,1 %), Guinea (2,5 %) und Senegal (3,2 %) sehr niedrig.

Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs

Um die Vollstreckung von Entscheidungen zur Rückführung illegaler Einwanderer zu verbessern, hat der Europäische Rechnungshof in einem kürzlich veröffentlichten Bericht mehrere Empfehlungen ausgesprochen. Eine davon ist die „Stärkung der Anreize für Drittländer zur Zusammenarbeit bei der Rückübernahme“.

Das Problem ist nicht neu. Seit mehreren Monaten droht die Europäische Kommission, die Zahl der Visa für Staatsangehörige afrikanischer Länder, die sich weigern, abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen, drastisch zu reduzieren. Aber nicht nur diese Bedrohung lässt viele afrikanische Staats- und Regierungschefs unbeeindruckt. Einige von ihnen weigern sich einfach, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen und folgen damit dem Beispiel des gambischen Präsidenten, der befürchtet, dass diese erzwungene Rückkehr „soziale Unruhen“ auslösen wird.

Nach Angaben eines auf internationales Recht spezialisierten Anwalts soll es auch bei den Regierungen von Sierra Leone, Guinea und Eritrea zu ähnlichen Blockaden gekommen sein.

Ankündigung der Verringerung der Zahl der für Staatsangehörige der Maghreb-Länder ausgestellten Visa

In diesem Zusammenhang hat die französische Regierung am 27. September angekündigt, die Zahl der Visa für algerische und marokkanische Staatsangehörige um zwei und für Tunesier, die nach Frankreich einreisen wollen, um 30 % zu reduzieren. Die algerische und die marokkanische Regierung haben schnell reagiert und diese Entscheidung angefochten. Kurioserweise wurde der französische Botschafter in Algerien am 29. September von den algerischen Behörden sogar vorgeladen.

Wird die französische Regierung ihrer Ankündigung Taten folgen lassen? Vor knapp einem Jahr drohte der französische Staatssekretär für europäische Angelegenheiten damit, die Visaerteilung zu nutzen, um Druck auf Länder auszuüben, die sich weigern, ihre Staatsangehörigen, die sich in einer irregulären Situation befinden, zurückzunehmen. Diese Ankündigung blieb ohne Wirkung.

Seit 2012 ist die Quote der vollstreckten Ausreiseverpflichtungen aus dem französischen Hoheitsgebiet rückläufig: Sie ist von 22,3 % in jenem Jahr auf 7,8 % im Jahr 2020 gesunken (erzwungene Rückkehr und freiwillige Ausreise). Diese Verschlechterung hat sich während der fünfjährigen Amtszeit von Emmanuel Macron noch verstärkt. Die Politik der französischen Regierung, die die freiwillige Ausreise auf Kosten der erzwungenen Ausreise begünstigt, ist ein völliger Fehlschlag. Diese kostspielige Politik, die insbesondere zu einer Erhöhung der zweckgebundenen Prämie geführt hat, hat keineswegs verhindert, dass die Zahl der effektiven Abschiebungen illegaler Einwanderer aus dem französischen Hoheitsgebiet weiter zurückgeht.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Jean-Marie Le Pen wendet sich gegen seine Tochter Marine: „Ich bin für Zemmour“

02. 10. 2021



Jean-Marie Le Pen und seine Tochter Marine in besseren Zeiten · Bildquelle: VoxNews

Jean-Marie Le Pen wendet sich gegen seine Tochter Marine, die seine Ideale verraten hat und ihn sogar aus der Partei warf. Eine unkluge politische Aktion, die sich nicht auszahlt, zumal sie die Leistungen ihres Vaters nie übertraf.

Der Gründer und ehemalige Vorsitzende des Front National hat in *Le Monde* angekündigt, dass er bei den Präsidentschaftswahlen 2022 Éric Zemmour, den rechten Konkurrenten seiner Tochter, unterstützen wird, „wenn er der beste Kandidat für das nationale Lager ist“. „Marine hat ihre befestigten Stellungen aufgegeben, und Éric besetzt das Feld, das sie frei gelassen hat“, sagte der Patriarch der französischen Rechten.

Der in Algerien geborene französisch-jüdische Journalist und Essayist Zemmour vertritt radikale Positionen gegen Einwanderung und Multikulturalismus.

Jean-Marie Le Pen lobte daraufhin den „Mut“ und die „Kultur“ von Zemmour, den er während des gesamten Gesprächs einfach „Éric“ nennt. „Er ist auf die Barrikaden gegangen und hat Dinge gesagt, die sich außer mir niemand zu sagen traut. Er sagt, was ich denke, aber“, so Vater Le Pen weiter, „vor einem weiteren Publikum. Aus diesem Grund sei Zemmour das Opfer einer „Dämonisierung“. „Er fängt an, erwachsen zu werden. Bald wird er auch einen luziferischen Schwanz und gespaltene Füße haben“, scherzt Jean-Marie, für den „der einzige Unterschied zwischen Éric und mir darin besteht, dass er Jude ist“. „Somit ist es schwierig, ihn einen Nazi oder Faschisten zu nennen. Und das gibt ihm mehr Freiheit“, sagte der 93-jährige ehemalige Europaabgeordnete gegenüber *Le Monde*.

Jean-Marie Le Pen ist seit Jahren mit seiner Tochter zerstritten, die, nachdem sie die Führung des Front National übernommen hatte, diesen in Rassemblement National umbenannte.

In den Umfragen ist Marine Le Pen derzeit noch die Favoritin für den Posten der Vertrauten von Emmanuel Macron. Vor einem Monat lag sie in den Umfragen bei 24 % und lieferte sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem scheidenden Präsidenten Macron, der in den Umfragen zwischen 23 und 26 % lag. Obwohl sie bei den rechten Kandidaten weiterhin vorne liegt, zeigen die Umfragen einen Rückgang der Unterstützung für sie, der sie laut einer Umfrage von Harris Interactive für Challenges um 8 Punkte auf 16 % fallen ließ. Andererseits soll Éric Zemmour, dessen Kandidatur bis vor einigen Wochen noch ungewiss war, im Vergleich zu den Umfragen von Anfang September um 7 Punkte zugelegt haben und nun bei 13–14 % liegen.

Im gemäßigten rechten Lager erreichten Xavier Bertrand von den Republikanern 14 %, Valérie Pécresse, Präsidentin des Regionalrats der Île-de-France und ehemalige Ministerin in der Regierung Fillon, 12 % und der ehemalige EU-Kommissar Michel Barnier, ebenfalls von den Republikanern, 8 %. Auf der Linken liegt der radikale Kandidat Jean-Luc Mélenchon bei 13%, die Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo, bei 7% und der Ökologe Yannick Jadot bei 6%.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Sarkozy zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, umgewandelt in elektronische Armfessel

01. 10. 2021



Bygmalion-Prozess: Sarkozy wird zu einem Jahr Haft verurteilt. Von Ignace · Bildquelle: MPI

Nicolas Sarkozy, Präsident der Französischen Republik von 2007 bis 2012, wurde wegen illegaler Finanzierung seiner Präsidentschaftskampagne 2012 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die unter dem Namen „Bygmalion“ bekannte Untersuchung begann, nachdem die Ermittler festgestellt hatten, dass die Wahlkampfausgaben fast das Doppelte des gesetzlichen Limits betragen hatten.

Gestern erschien der ehemalige Präsident nicht zur Urteilsverlesung im Gerichtssaal der Pariser Justizvollzugsanstalt. Bei den Wahlen 2012, die er gegen François Hollande verlor, gab Sarkozy 42 Millionen Euro aus, während die gesetzliche Obergrenze bei 22,5 Millionen lag. Nach Ansicht des Angeklagten waren diese Ausgaben dadurch gerechtfertigt, dass die Verpflichtungen des Präsidenten es ihm nicht erlaubten, sich um finanzielle Details zu kümmern. Der Richter erklärte bei der Urteilsverkündung, dass der ehemalige Präsident „weiterhin Treffen organisierte“, obwohl er „schriftlich vor dem Risiko der Überschreitung der Grenzwerte gewarnt wurde“, was ihm nicht unbekannt sein konnte, da es sich um seine zweite Präsidentschaftskampagne handelte. Sarkozy, der in Berufung gehen wird, muss seine Haftstrafe nicht antreten, wird aber elektronisch überwacht.

Insgesamt handelt es sich um 13 Verurteilte, darunter der Wahlkampfleiter, der zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde.

Im März wurde Sarkozy bereits wegen Korruption und Bestechung zu drei Jahren Haft verurteilt, von denen zwei zur Bewährung ausgesetzt wurden. Der ehemalige Elysée ist der erste französische Präsident, der zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde. 2011 wurde Jacques Chirac wegen einiger Korruptionsfälle während seiner Amtszeit als Bürgermeister von Paris zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt, die anschließend zur Bewährung ausgesetzt wurde. Der „Wismut-Prozess“ – der Deckname, unter dem Sarkozy mit seinem Anwalt kommunizierte – geht auf Abhörmaßnahmen zurück, die von der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit einem anderen Gerichtsverfahren angeordnet wurden, in das der ehemalige Präsident verwickelt war und in dem es um angebliche Finanzhilfen des Regimes von Muammar Gaddafi ging. Aus diesen Gesprächen ging hervor, wie Sarkozy 2014 über seinen Anwalt versuchte, von einem hochrangigen Kassationsrichter Informationen über ein neues Verfahren zu erhalten, an dem er beteiligt war. Derzeit ist Sarkozy in eine andere Untersuchung über ein angebliches libysches Darlehen verwickelt, das er zwischen 2005 und 2006 erhalten hat, obwohl der Mann, der angeblich als Vermittler fungierte, später widerrief.

Kein Grund, über Sarkozy zu weinen, er wird sich mit seinem elektronischen Armband ohnehin freier bewegen können als ehrliche Menschen ohne Impfungen und Gesundheitspässe.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Macron kritisiert Zemmour

29. 09. 2021



Emmanuel Macron · Bildquelle: FDS

... wegen dessen Vorschlag, die Vornamen zu französisieren und beschwört dabei „eine französische Sprache, deren Epizentrum nicht mehr an den Ufern der Seine liegt, sondern im Becken des Kongo“.

„Wir stellen uns in der politischen Debatte oft die Frage nach unserer Identität“, sagte Emmanuel Macron in einer Rede anlässlich eines Besuchs der Renovierung der französischen Nationalbibliothek, die erst nach den Präsidentschaftswahlen vollständig abgeschlossen sein wird, und verwies auf die Ideen des Polemikers Éric Zemmour, der seine mögliche Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2022 in der Schwebe hält.

„Aber unsere Identität ist weder auf Schrumpfung, noch auf Namen, noch auf Formen der Spannung aufgebaut“, kommentierte er und bezog sich dabei zum ersten Mal öffentlich auf die Vorschläge des Polemikers.

„Unser Land, unsere Nation wurde durch zwei Institutionen aufgebaut: den Staat und die Sprache. „Eine Sprache, deren Epizentrum heute nicht mehr an den Ufern der Seine, sondern zweifellos viel mehr im Kongobecken liegt“, erklärte er am Dienstagabend.

Quelle: [Ouest France](#)

Lesen Sie auch unsere weiteren Artikel unsers heutigen Frankreich-Schwerpunktes:

- [Macron kritisiert Zemmour](#)
- [Éric Zemmour: Ist es möglich, die Illegalen zurückzuschicken?](#)
- [Frankreich: „Die Überweisungen der Migranten in den Maghreb sind größer als die offizielle Entwicklungshilfe, die an diese Staaten gezahlt wird“](#)
- [Frankreich: Manuel Valls schlägt vor, die Familienzusammenführung auszusetzen: „Braucht man wirklich neue Einwanderer? Nichts deutet darauf hin.“](#)
- [Frankreich: Die LDNA – Ligue de Défense Noire Africaine – wurde vom Ministerrat wegen Aufstachelung zu Hass und Diskriminierung aufgelöst](#)

- [Frankreich: Kosten der Rückwanderung auf 87 Milliarden Euro geschätzt](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Éric Zemmour: Ist es möglich, die Illegalen zurückzuschicken?

29. 09. 2021



Bildquelle: LesObs

Éric Zemmours Reaktion auf die Reduzierung der Visas für Algerien, Marokko und Tunesien: „Heute komme ich auf die plötzliche Entscheidung der Regierung von Emmanuel Macron zu sprechen, die Visas für Algerien, Marokko und Tunesien drastisch zu reduzieren.“

<https://www.youtube.com/watch?v=xpNDywOulJl>

[#EricZemmour](#) [#ChaineOfficielle](#) [#Visa](#) Éric Zemmour : réaction sur la réduction des visas pour Algérie, Maroc et Tunisie
428.591 Aufrufe
Premiere am 28.09.2021

Hier der komplette Text des Videos in deutscher Übersetzung:

Hallo zusammen! Nein, das hat nichts mit den Präsidentschaftswahlen zu tun, nichts mit dem, was ich seit Monaten sage. Aber ja, Sir, was glauben wir denn von Ihnen? Natürlich zogen sich die Verhandlungen über Monate hin. Du redest seit einem Jahr darüber. Und dann passiert es plötzlich. Nun gut, schauen wir mal. Seien wir doch einmal ernsthaft. Seit

Jahren. Man hat uns gesagt, dass es absolut unmöglich ist, Regierungen zu zwingen, ihre illegalen Staatsangehörigen zurückzunehmen. Sie weigern sich, die berühmten Konsularpässe zu unterschreiben, die es uns erlauben würden, sie zurückzuschicken. Und dann entdecken wir plötzlich, dass es tatsächlich Druckmittel gibt, die wir alle jahrelang abgelehnt haben, und wir haben die Leute, die behauptet haben, es gäbe Druckmittel, als Extremisten bezeichnet. Nun, nein. Plötzlich übernimmt die gemäßigte Regierung von Emmanuel Macron die Methoden der Extremisten, in diesem Fall die Reduzierung der Zahl der Visa für Staatsangehörige von Ländern, die ihre illegalen Einwanderer nicht zurücknehmen wollen. Das ist in Ordnung. Wir werden abwarten, bis diese Maßnahme tatsächlich umgesetzt wird, aber zumindest vom Grundsatz her beglückwünschen wir Gabriel Attal und Emmanuel Macron. Aber da ich nun von Gabriel Attal, der Emmanuel Macrons Politik inspiriert hat, eingeweiht wurde, werde ich ihm gegenüber großzügig sein und ihm weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Migrationsströme und zur Rückführung der illegalen Einwanderer anbieten, die nie zurückgeschickt werden und deren Zahl in Frankreich auf 400.000 bis 800.000 geschätzt wird.

Die ersten, die ersten, natürlich im Einklang mit der soeben getroffenen Maßnahme. Die Visas werden reduziert. Wir könnten auch die öffentliche Entwicklungshilfe, die wir an diese Länder zahlen, reduzieren oder sogar abschaffen. Wir könnten auch den Geldtransfer von Gastarbeitern in ihre Herkunftsländer blockieren. Wir könnten sie blockieren. Wir könnten sie besteuern. Ja, es gibt Möglichkeiten, Druck auf diese Länder auszuüben, damit sie ihre illegalen Einwanderer zurücknehmen. Und dann sollten wir zum Beispiel unseren Teil der Arbeit erledigen. Zunächst sollte der berühmte Valls-Erlass abgeschafft werden, der es ermöglicht, Tausende und Abertausende von Illegalen diskret zu legalisieren. Seit 2015, dem Datum dieses Rundschreibens, haben die aufeinanderfolgenden Regierungen dies getan. Legalisierung von etwa 30.000 Illegalen pro Jahr auf diese Weise. Keiner weiß, was vor sich geht. Und dann könnten wir alle isolierten Minderjährigen, von denen wir wissen, dass die meisten weder minderjährig noch isoliert sind, zu ihren Familien zurückschicken. Der König von Marokko selbst hat übrigens zugegeben, dass er sie sehr wohl zurücknehmen könnte. Kinder sind nur bei ihren Eltern besser aufgehoben. Dies sind die Grundprinzipien.

Und dann könnten wir zum Beispiel so weitermachen. Alle Ausländer, die in Frankreich ein Visum beantragt haben, müssten zum Beispiel eine Kautions von 10.000 Euro hinterlegen. Die Amerikaner tun es, andere Länder tun es auch, wenn sie nicht ausreisen, und sie würden für ihre eigene Rückführung bezahlen, was für uns teuer ist. In diesem Sinne sollten wir auch die Unternehmen für die illegalen Einwanderer, die sie einstellen, zur Kasse bitten, denn das kostet uns ohnehin eine Menge Geld. Sie sehen also, es gibt viele Dinge, viele Dinge, die mit dem Problem der Illegalen zu tun haben. Ich erinnere mich an die Debatte zwischen Herrn Darmanin und Frau Le Pen vor einigen Monaten. Herr Darmanin war stolz, ja fast froh über seine Ohnmacht, und Frau Le Pen war nicht in der Lage, ihm etwas zu sagen und ihm zu raten, was er tun sollte? Es war die Debatte der Ohnmacht und der Unwissenheit. Davon sind wir jetzt weit entfernt. Im Gegenteil, wir müssen heute das Land der Macht sein, das unbedingt die Mittel findet, um ein Maximum an illegalen Einwanderern nach Hause zu schicken. Wenn dies geschehen ist, werden wir zum nächsten Schritt übergehen, nämlich zur Frage der legalen Einwanderung. Wir sehen uns bald wieder.

Quelle: [YouTube](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Frankreich: „Die Überweisungen der Migranten in den Maghreb sind größer als die offizielle Entwicklungshilfe, die an diese Staaten gezahlt wird“

29. 09. 2021



Staatsratsmitglied Patrick Stefanini - *Bildquelle: FDS*

Staatsratsmitglied Patrick Stefanini im Gespräch mit Vincent Trémolet de Villers (FigaroVox):

Patrick Stefanini: „Die Maghreb-Länder schützen ihre wirtschaftlichen Interessen: Die Rücküberweisungen der Migranten in ihre Herkunftsländer machen mehr aus als die offizielle Entwicklungshilfe, die Frankreich an diese Staaten zahlt.“

„Diese Überweisungen sind eine Form der wirtschaftlichen Verarmung Frankreichs: Es handelt sich um Geld, das natürlich durch die Arbeit der Einwanderer erzeugt wurde, das aber auf französischem Territorium produziert worden ist.“

„Wir brauchen keine Einwanderung: weder aus wirtschaftlichen noch aus demografischen Gründen. Leider sind wir einer Einwanderung ausgesetzt, die das Ergebnis einer Reihe von Gesetzen und bilateralen Abkommen ist...“

Vincent Trémolet de Villers: „Das Thema Einwanderung wird mehrheitlich verdrängt... wenn Intellektuelle das Thema in der öffentlichen Debatte aufgreifen, werden sie abgewertet... die Menschen werden Zeuge eines demografischen Wandels und bekommen gesagt: Nein, da passiert nichts...“

„Vorhin hat Patrick Stefanini gesagt, dass wir der Einwanderungspolitik unterworfen sind... in Wirklichkeit sind wir es nicht... wenn wir sehen, dass die Quote der OQTF (Obligation de quitter le territoire français) von 0,2 % ausgeführt wird... haben wir nicht mehr die konkrete und praktische Kontrolle darüber, wer in unser Land kommt oder nicht.“

Länder, in denen Überweisungen durch Migranten die offizielle Entwicklungshilfe Frankreichs überschreiten:

- Envois de fonds par les migrants
- Valeur nette de l'aide publique au développement reçue



Quelle : Européischer Rechnungshof

Die französische Entwicklungsagentur hat Marokko 479,8 Millionen (2019) gewährt:

- **Le Maroc est le premier bénéficiaire des financements de l'AFD dans le monde**, avec une exposition (encours + restes à verser signés) de 2,4 Md EUR au 30 juin 2020. L'AFD a octroyé 479,8 M EUR au Maroc en 2019 (dont 46 M EUR par PROPARCO). Pour la seule année 2019, 582,6 M EUR de convention ont été signés.

Quelle: Generaldirektion des Schatzamtes / Regierung

Die marokkanische Diaspora in Frankreich (irregulär oder nicht) schickte 2,4 Milliarden nach Marokko (2019):

4. **Premier pays d'origine des transferts financiers de la diaspora marocaine et du contingent de touristes, la France est le principal pourvoyeur de devises du Maroc.** En 2019, les transferts financiers des Marocains résidant en France (MRE) ont atteint 2,3 Md EUR, soit 35,2 % du total des transferts reçus à ce titre par le Royaume.

Quelle: Generaldirektion des Schatzamtes / Regierung

Quelle: [Fdsouche](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Frankreich: Manuel Valls schlägt vor, Familienzusammenführungen auszusetzen: „Braucht man wirklich neue Einwanderer? Nichts deutet darauf hin.“

29. 09. 2021



Manuel Valls · Bildquelle: FDS

„Die Republikaner auf beiden Seiten des Flusses“ müssen eine drastische Reform der Einwanderung vorschlagen, einschließlich der Aussetzung der Familienzusammenführung und des Rechts auf Einreise in das Hoheitsgebiet für ausländische Ehepartner, wenn sie nicht wollen, dass sich die Franzosen bei den Präsidentschaftswahlen 2022 von ihnen abwenden, argumentiert der ehemalige Ministerpräsident.

Zitate von Manuel Valls im heutigen *Le Figaro*:

„Immigration, alles von Grund auf neu denken“ und sagt: „Die Existenz einer starken Migrationswelle in Frankreich ist kein Hirngespinnst, alle Indikatoren bestätigen sie“.

„Für die extreme Linke ist der Einwanderer der neue unantastbare Proletarier... Umso schlimmer ist es, wenn die Arbeiterviertel die volle Wucht der Migration zu spüren bekommen oder wenn Anschläge auch von Menschen mit Migrationshintergrund verübt werden, die einen Hass auf Frankreich entwickelt haben.“

„Seit 1975 sind diese (Migrations-)Bewegungen nicht mehr durch unsere (wirtschaftlichen) Bedürfnisse zu erklären, sondern durch die zunehmende Großzügigkeit unserer Sozialpolitik, was sich in der Familienzusammenführung zeigt, die heute der Hauptgrund für die Aufnahme ist.“

„Wir müssen die Stopptaste drücken, eine Pause einlegen und alles wieder auf Kurs bringen. Brauchen wir wirklich neue Einwanderer? Dafür gibt es keine Beweise. Sollte die Priorität nicht darin liegen, diejenigen zu integrieren, die sich bereits in unserem Land befinden? Ja, natürlich.“

„Das Asylrecht muss erhalten bleiben, aber seine Denaturierung muss entschieden bekämpft werden. Die Verbundenheit der Franzosen mit diesem Recht hat als logische Folge, dass es nicht das Vorzimmer einer illegalen Einwanderung sein darf, die sie zu Recht ablehnen.“

„In Bezug auf die Wirtschaftsmigration, die derzeit relativ gering ist, scheint die Einführung von Quoten unabdingbar, wenn wir der Einwanderung ohne jeden Zweck und ohne ein anderes Projekt als die Ausnutzung der Großzügigkeit Frankreichs ein Ende setzen wollen.“

Quelle: [Le Figaro](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Frankreich: Kosten der Rückwanderung auf 87 Milliarden Euro geschätzt

29. 09. 2021



Bildquelle: Breizh-info

„La nécessaire remigration“ („Die notwendige Rückwanderung“): Dies ist der Titel des zentralen Dossiers der neuen Ausgabe der Zeitschrift Réfléchir & Agir (Nr. 71). Das Dossier begnügt sich nicht mit den traditionellen Klischees über die Einwanderung, sondern hat die Kosten und die Mittel bewertet, die über einen Zeitraum von fünf Jahren für die Remigration eingesetzt werden müssten, d. h. für die Ausweisung und Rückführung von 12 bis 14 Millionen derzeit in Frankreich lebenden Nichteuropäern in ihre Herkunftsländer. Die geschätzten Kosten dieser friedlichen Remigration (10.000 € für jeden Haushalt zur

Wiederaufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit im Herkunftsland, 1.000 € für die Flugkosten jedes Remigranten, 5.000 € für die persönlichen und materiellen Güter jedes Haushalts usw.) belaufen sich laut Klaams Malan, auf 87 Milliarden €; vgl. seinen Artikel „Un quinquennat pour la remigration“ („Ein Fünfjahreszeitraum für die Remigration“).

Und wie soll diese Rückwanderung über 5 Jahre finanziert werden? Indem man zunächst einen Unabhängigkeitsprozess für alle französischen Überseegebiete einleitet (mit Ausnahme eines Gebiets unter französischer Militärkontrolle in Französisch-Guayana), indem man den lokalen Unabhängigkeitsparteien die Schlüssel zu diesen Regionen der Welt übergibt und indem man 2,7 Millionen Einwohnern dieser Gebiete die Möglichkeit gibt, unabhängig zu werden und somit nicht mehr zur französischen Demografie zu zählen. Schätzungsweise handelt es sich dabei um 600.000 Remigrationen ins Mutterland. Réfléchir & Agir schätzt die jährlichen Kosten der derzeitigen Übersee-Departements und -Regionen (Dom-Tom) auf 22 Milliarden Euro, nicht eingerechnet die Sonderbesoldung der lokalen Beamten (die es de facto nicht mehr geben wird), den Wegfall der lokalen Mehrwertsteuer, die Sondersteuer „octroi de mer“, aber auch die staatliche medizinische Hilfe (Aide Médicale d'Etat, AME), deren Kosten auf 1 Milliarde Euro pro Jahr geschätzt werden und die abgeschafft werden würde.

„Mit der Unabhängigkeit der Überseegebiete und dem Ende der AME kann der Staat also ohne Steuererhöhung mindestens 24,5 Milliarden Euro (knapp 11 % des für 2021 erwarteten BIP von 2458 Milliarden) zur Finanzierung seines Rückwanderungsprogramms bereitstellen. Insgesamt 98 Milliarden in 4 Jahren, viel mehr als die 87 Milliarden, die zur Umsetzung der Remigrationspolitik erforderlich sind.“ Der Autor schließt mit einer Prise Humor: „Wir können die Remigration auch ‚le retour au pays‘ (‚die Rückkehr nach Hause‘) nennen, die RAP. Ausnahmsweise werde ich, wie viele Franzosen, ein großer Fan von RAPern sein...“.

Das Dossier über die Remigration befasst sich ferner mit Beispielen für die Remigration im 20. Jahrhundert in der ganzen Welt, mit der Möglichkeit der Entnationalisierung von Personen, einschließlich derjenigen mit französischem Personalausweis, und mit den großen Mythen, die von der französischen Republik aufrechterhalten werden, wie z. B. die Notwendigkeit der Einwanderung zur Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft und Demografie.



:bericht: [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Frankreich: Die LDNA – Ligue de Défense Noire Africaine – wurde vom Ministerrat wegen Aufstachelung zu Hass und Diskriminierung aufgelöst

29. 09. 2021



LDNA-Aktivistinnen mit Schildern "Tod Frankreich und seinen Alliierten" - *Bildquelle. FDS*

Die Schwarzafrikanische Verteidigungsliga (Ligue de Défense Noire Africaine, LDNA) wurde heute Morgen vom französischen Ministerrat gemäß den Anweisungen des Präsidenten der Republik aufgelöst.

Wie in dem von Innenminister Gérald Darmanin vorgelegten Dekret dargelegt, rief diese De-facto-Gruppierung zu Hass und Diskriminierung auf.

Quelle: [Twitter](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER